

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Ziehungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landeskulturrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundständige Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 98.

Mittwoch, 30. April

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Wochentags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsschreib (Eingeliefert) 100 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint die nächste Nummer des Dresdner Journals Freitag, den 2. Mai, nachmittags.

Heute früh wurde das Zeppelin-Luftschiff „Gauja“ über Dresden gestrichelt.

Sieger in der deutschen Gordon-Bennet-Konkurrenzsahrt ist der Ballon „Niederflieher“ (Führer: Berliner), der im südlichen Norwegen gelandet ist.

Bei der gestrigen Abstimmung in der Budgetkommission stimmten alle maßgebenden bürgerlichen Parteien der Erhöhung der Mannschafteinstände des Heeres zu.

Die Londoner Vorkonferenz hat in ihrer Mehrheit sich selbst für den Fall der Unnachgiebigkeit Montenegros gegen kriegerische Maßnahmen ausgesprochen. Infolgedessen hat Österreich nunmehr beschlossen, in diesem Falle selbständig gegen Montenegro vorzugehen.

Der Entschluß der österreichisch-ungarischen Regierung, selbständig gegen Montenegro vorzugehen, falls dies nicht unverzüglich nachgeben sollte, findet in der bürgerlichen Presse beider Reichshälften freundliche Zustimmung.

Die Postverwaltung hat mit Entschiedenheit dagegen, daß sie von dem Schritt Österreichs Kenntnis gehabt habe oder ihn gar billige.

Mit Rücksicht auf die Befürchtung der Balkanstaaten, daß die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen den Kriegführenden eine Verzögerung des Friedensschlusses zur Folge haben werde, sind Besprechungen zwischen den Mächten im Gange, um die Friedensgrundlagen vorzubereiten.

Bei einem Eisenbahnunfall bei Severaz im Departement Aveyron sollen mehrere Reisende getötet und 20 verletzt worden sein.

Amthlicher Teil.

Ministerium des Königl. Hauses.

Dresden, 30. April. Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich Christian, Herzog zu Sachsen, ist von der unternommenen Auslandsreise gestern 10 Uhr 7 Min. abends hierher zurückgekehrt.

Se. Majestät der König haben dem Kaufmann Emil Hermann Curt Weise in Dresden, Inhaber der unter der Firma Curt Weise hier selbst betriebenen Mehlgroßhandlung, das Prädikat „Hoflieferant Seiner Majestät des Königs“ Allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die nachgenannten die ihnen verliehenen sächsischen Ordensauszeichnungen annehmen und tragen und zwar: die silberne Verdienstmedaille des Königl. Bayerischen Verdienstordens vom heiligen Michael; der Königl. Hausdiener Heidrich und die Prinzl. Hausdiener Schneider und Beholdt, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone des Kaiserl. Österreichischen Franz Joseph-Ordens; der Prinzl. Hoflakai Hoyer.

Finanzministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Finanzrat bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Dr. jur. v. Brescius zum Oberfinanzrat bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den mit der Leitung des Umbaus des Opernhauses in Dresden beauftragten Baurat Ande vom 1. Mai ab zum Vorstände des Landbauamtes Meissen zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem zur Dienstleistung dem Finanzministerium zugetheilten Finanzassessor Dr. jur. et phil. v. Schroeder für die Zeit vom 1. Mai ab den Titel und Rang als Finanzamtman zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Finanzassessor bei der Staatseisenbahnverwaltung Dr. jur. Kose zum Finanzamtman zu ernennen.

Ministerium des Innern.

Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs ist dem Amtshauptmann v. Bose in Olkütz die Stelle des Vorstandes der Amtshauptmannschaft Grimma übertragen worden.

Se. Majestät der König haben den zum Vize- und Deputy-Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Chemnitz ernannten E. Kilbourne Foote daselbst in dieser Eigenschaft anzuerkennen geruht.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Schulknaben Ewald Ernst Börner und Max Barthel in Reuheide für die von ihnen am 9. Dezember 1912 unter eigener Lebensgefahr bewirkte Errettung eines beim Schlittschuhlaufen eingebrochenen Schulknaben vom Tode des Ertrinkens die silberne Lebensrettungsmedaille zu verleihen.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Pfarrer D. Dr. Alexis Schumann in Leipzig beim Abtritt in den Ruhestand die Krone zum Ritterkreuz 1. Kl. des Albrechtsordens zu verleihen.

Die Königl. Kreishauptmannschaft hat dem Rutscher Friedrich Otto Salomo in Dresden für das von ihm am 29. Januar 1913 mit Mut und Entschlossenheit bewirkte Aufhalten zweier durchgegangener Pferde auf der Königsbrüder Straße in Dresden eine Geldbelohnung bewilligt.

Dresden, am 4. April 1913.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Die Sitzung des Elbtal-Elektrizitäts-Verbandes in Pirna ist mit Genehmigung des Königl. Ministeriums des Innern nach Gehör des Königl. Kreishauptmannschaft beigeordneten Kreis Ausschusses dahin abgeändert worden, daß die Dauer des Verbandes auf 50 Jahre festgesetzt worden ist und die Verbandsgemeinden künftig nach dem Verhältnisse ihrer Aktienbeteiligung zu haften haben.

Auch ist die Bestimmung, daß der Verband selbst keine Aktien der Elbtalzentrale auf eigene Rechnung übernehmen darf, gestrichen worden.

Dresden, den 26. April 1913.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. Verwaltung der indirekten Abgaben. Angestellt: Die Zollpraktikanten Baumgärtel und Schulze als Zollauffseher, Zollpraktikanten: Bismachmeister Bartlo und Bisfeldweibel Bauer als Grenzauflseher. — Befördert: Zollauffseher Kießling in Leipzig II zum Zollsekretär bei diesem Amt, die Zollauffseher Weise in Bodenbach zum Zollauffseher daselbst, Freyer in Plauen zum Neben-Zollauffseher in Jünwald, Seyfert in Pirna zum Neben-Zollauffseher in Fugau, u. Uhlig in Dresden II zum Neben-Zollauffseher in Seiffen; — Befördert: Steuerassessor Neumann in Königsbrunn zum Neben-Zollauffseher in Schmaltzgrube, die Expedienten Bauer in Dresden (Generalzolldirektion) zum Zollauffseher in Dresden II u. Seltmann in Dresden (Generalzolldirektion) zum Grenzauflseher in Taubenheim, die Kopisten Höhne in Meissen zum Expedienten in Dresden (Generalzolldirektion) und Wolter in Bayreuth zum Expedienten in Dresden (Generalzolldirektion). — Befördert: Die Zollsekretäre Schmidt in Leipzig I als Zollsekretär nach Leipzig II u. Tittel in Leipzig II als Zollsekretär nach Leipzig I, Zollauffseher Bittlich in Weipert als Zollauffseher nach Leipzig II, Obergrenzauflseher Fischer in Martenberg als f. bertheuerauflseher nach Zwickau, die Steuerassessor Gersdorf in Olbernhau als Zollauffseher nach Bodenbach, Desse in Meissen als Zollauffseher nach Klingenthal, Kall in Plauen als Zollauffseher nach Plauen, Rensch in Zwickau als Zollauffseher nach Pirna, Schubert in Radeburg als Zollauffseher nach Sebnitz-Riederstein, Steinbach in Waldheim als Zollauffseher nach Voitzsch u. Wegner in Leipzig als Zollauffseher nach Leipzig I, die Grenzauflseher Schneider in Deutschgeorgenthal als Zollauffseher nach Leipzig II, Draeger in Klingenthal als Steuerassessor nach Dresden I, Giffler in Neugersdorf als Steuerassessor nach Meissen, Reinhold in Sempdorf als Steuerassessor nach Olbernhau, Köhler in Rosenthal als Steuerassessor nach Zwickau, Hauke in Schmiltz als Grenzauflseher nach Schandau u. Wüller in Königsbrunn als Grenzauflseher nach Neugersdorf. — Pensioniert: Neben-Zollauffseher Geißler in Schönfeld. — Gestorben: Die Zollauffseher Fehse in Bodenbach und Feilich in Wackerdorf.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anfündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 30. April. Bei Sr. Majestät dem König fand um 2 Uhr in der Villa zu Wachwitz Familientafel statt.

Deutsches Reich.

Die Mannschafteinstärkungen von der Budgetkommission bewilligt.

Berlin, 29. April. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurden beraten und unverkürzt bewilligt die Mannschafteinstärkungen der Infanterie, der Kavallerie, der Feldartillerie, der Infanterie, der Pioniere, der Verlehetruppen und des Trains, und zwar mit den Stimmen der Rechten, den Zentrums, der Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei.

Der preussische Kultusminister über die Wernerschen Bilder.

Der preussische Kultusminister äußerte sich im preussischen Herrenhause eingehend über die Frage der angeblichen Zurückweisung v. Wernerscher Bilder. Danach hat Dr. v. Werner selbst, als er die Liste seiner von ihm für die Jubiläumsausstellung in Vorschlag gebrachten Bilder der Ausstellungskommission überlieferte, angeregt, es möge die Entscheidung der maßgebenden Stelle darüber eingeholt werden, ob der Ausstellung seiner Bilder aus dem Kriege 1870/71 etwa Bedenken entgegenständen. Der Kultusminister hatte keine derartigen Bedenken und hat die Angelegenheit deshalb dem Auswärtigen Amt überhaupt nicht unterbreitet. Die beiden aus 24 Bildern ausgeschiedenen zwei Bilder wären übrigens ohne weiteres auch noch zugelassen worden, wenn das Ministerium Kenntnis davon gehabt hätte, daß der Künstler besonderen Wert auf ihre Aufnahme lege. Als der Kultusminister dann erfuhr, daß v. Werner auf eine Beteiligung an der Ausstellung verzichte, ließ er durch seinen Vertreter den Maler aussuchen, um ihn von diesem Beschlusse abzubringen. Diesem Herrn gegenüber hat v. Werner der angeblichen Zurückweisung seiner Bilder aus politischen Gründen nicht Erwähnung getan, sondern seine Nichtbeteiligung mit seinem schlechten Befinden und mangelndem Raum im Ausstellungsgebäude für seine Bilder begründet.

Der württembergische Ministerpräsident über den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Stuttgart, 29. April. Bei der Statüberlegung in der Zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident in Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Hansmann (Rp.), daß der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten alljährlich im Herbst eine Sitzung abhalte. Im letzten Jahre sei eine Reaktivierung des Ausschusses eingetreten. Es würden dabei die Grundzüge der Politik besprochen; hieran knüpften sich Debatten. Außerdem würden den Mitgliedern der Bundesstaaten Memoranden überreicht. Vor etwa 7 Wochen habe der Reichskanzler die leitenden Minister nach Berlin eingeladen, um mit ihnen über die Wehr- und Dedungsvorlage zu sprechen. Der Reichskanzler habe dabei einiges über die Ziele mitgeteilt. Es sei wertvoll, wenn der Reichskanzler überzeugt sein könne, daß die Bundesstaaten hinter ihm ständen. Dadurch würden seine friedlichen Bestrebungen am wirksamsten unterstützt. Die Heeresvorlage sei selbstverständlich nicht unvermerkt eines schönen Tages vom Himmel gefallen; er könne versichern, daß diese Frage in bundesfreundlicher Weise behandelt worden sei.

Aus dem reichsländischen Parlament.

Keine Jagdscheine an Ausländer.

Strasburg i. Elz, 29. April. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer des Landtages erhob Graf Andlaw scharfe Vorwürfe gegen die Regierung wegen Nichterteilung von Jagdscheinen an Ausländer. Er betonte, daß man die Scheine auch solchen Leuten entzogen hätte, gegen die keine Bedenken vorlägen. Die Maßnahme der Regierung sei eine Repressalie, die durch den Druck der alldeutschen Presse veranlaßt worden sei. Diese Politik der Rache sei verwerflich und verurteilt. Diese Politik der Rache sei an der Zeit, daß die Politik der Gefinnungsüberwachung nach 42 Jahren endlich einmal aufhöre. Das Volk habe sich mit den